

# kompakt

# Gruppe der Frauen

Newsletter der Gruppe der Frauen

Juli 2020

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die vergangenen Wochen stellten uns alle vor neue Herausforderungen. Bislang haben wir sie gut gemeistert.

## Konjunktur-Paket in Höhe von 130 Mrd. Euro

Mit dem Konjunktur-Paket „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ in Höhe von 130 Mrd. Euro haben wir wichtige Maßnahmen beschlossen, die den Menschen helfen sollen, bestmöglich durch die Krise zu kommen. Alle Bereiche profitieren davon. Die Frauen unserer Fraktion haben we-

**Yvonne Magwas MdB**  
Vorsitzende der Gruppe der Frauen



© Tobias Koch

sentlich dazu beigetragen, dass die Punkte „Familien“ und „Digitale Bildung“ in das Paket aufgenommen wurden. So wird beispielsweise mehr Geld für den Kita-Ausbau und für den schnelleren Ausbau der Nachmittagsbetreuung an Grundschulen bereitgestellt.

## Corona – Für Frauen besonders gefährlich

Das Zuhause, das vor Corona schützen sollte, ist für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder ein gefährlicher Ort geworden. Seit Beginn der Lockerungen verzeichnen die Beratungsstellen vermehrte Anfragen von Frauen, die Hilfe suchen. Leider stehen jedoch in den Frauenhäusern nicht immer ausreichend Plätze zur Verfügung. Das zu ändern, stand bereits vor Corona ganz weit oben auf unserer politischen Agenda. Für die betroffenen Frauen sind niedrigschwellige Hilfsangebote wichtig. Deshalb ist es richtig, dass der Bund das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ eingerichtet hat und finanziert.

## Wahlrechtsreform muss Frauenförderung beinhalten

Aktuell wird über eine

## Weitere Beiträge in dieser Ausgabe:

Was können wir aus der Krise lernen?  
Ein frauenpolitischer Aufschlag.  
Seite 2

Ein Kraftpaket für Deutschland  
Seite 3

Prostituiertenschutzgesetz - Stand der Umsetzung und die menschenrechtliche Perspektive  
Seite 4

Grundrente bewahrt viele Frauen vor Altersarmut  
Seite 4

„Gemeinsam. Europa wieder stark machen“  
Seite 5

Gastbeitrag von Karin Maag MdB,  
Gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Seite 6

Wahlrechtsreform diskutiert. Eine Wahlrechtsreform für das Jahr 2021 muss auch eine Frauenförderung für die Bundestagswahl 2021 beinhalten. Das ist die Position der Gruppe der Frauen. Die Einsetzung einer Kommission im Deutschen Bundestag ist zwar gut und wurde von uns auch immer gefordert, aber wenn diese erst für das Jahr 2025 Lösungen erarbeiten soll, vertun wir eine Chance für die nächste Bundestagswahl.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer.  
Bleiben Sie gesund!

Herzlichst,

# Was können wir aus der Krise lernen? Ein frauenpolitischer Aufschlag.

## Digitales Fachgespräch der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



© Diana Tuppäck

Gute Impulse unserer Gäste - Danke an Ralph Brinkhaus MdB (Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB (Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie), Prof. Dr. Bettina Kohlrausch (Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung) und Franziska Theis (Vorstand Digitale Bildung für Alle e.V.)

Beim 1. Digitalen Fachgespräch der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion diskutierten wir gemeinsam mit ca. 100 Teilnehmenden aus frauenpolitischer Sicht über die Frage „Was können wir aus der Krise lernen?“. Es war ein guter, konstruktiver Austausch, der zahlreiche Facetten dieses Themas beleuchtete.

Ralph Brinkhaus MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betonte in seinem Eingangsstatement, dass die Belastungen durch die Corona-Krise im Wesentlichen von Frauen getragen werden - „angesichts der Sorgearbeit, die überwiegend auf den Schultern von Frauen ruht, und natürlich aufgrund der beruflichen Arbeit“.

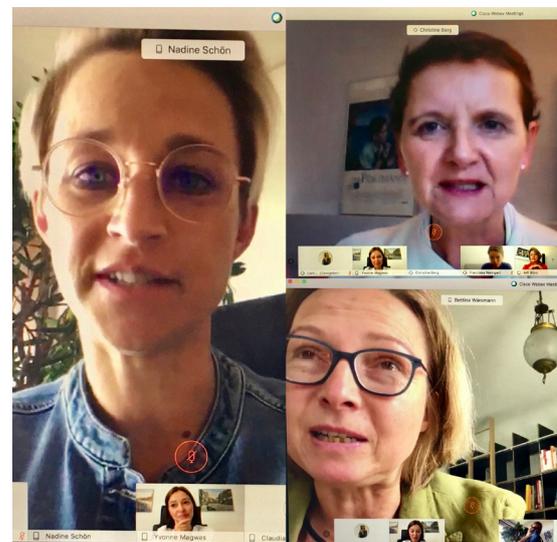
„Die Re-Traditionalisierung der Rollenbilder darf sich nicht verfestigen, sondern wir müssen weiter den Weg der Gleichberechtigung gehen. Es darf auch nicht sein, dass Homeoffice für die Frau weiterhin zur Doppel- oder Mehrfachbelastung führt. Auch das Homeoffice muss klaren Regeln unterliegen - das ist eine wichtige Erkenntnis aus der Corona-Krise“, sagte Yvonne Magwas MdB, Vorsitzende der Gruppe der Frauen.

Das Fachgespräch hat Folgendes deutlich gemacht:

1. Homeoffice schafft grundsätzlich mehr Flexibilität.
2. Homeoffice ist nicht das Allheilmittel, um Beruf und Kinderbetreuung zu vereinbaren, stattdessen erleben vor allem Frauen eine Doppelbelastung.
3. Männer sind gleichermaßen für die Sorgearbeit zuständig - Skandinavische Länder, wie Island, sind dafür das Vorbild.
4. Das Problem bleibt auch während der Corona-Zeit der Gender Pay Gap!
5. Es gibt noch viel Potenzial beim Thema „Digitalisierung“ (Digitales Know-how/Digitale Infrastruktur), um Homeoffice sowie Homeschooling noch besser nutzen zu können.

6. Videokonferenzen ermöglichen nicht nur die unkompliziertere Teilnahme von Personen aus ganz Deutschland, sondern sind auch gut für die Umwelt.

Diese und weitere Erkenntnisse aus dieser Diskussion werden wir als Gruppe der Frauen in den politischen Prozess einbringen.



© Diana Tuppäck

Konstruktive Diskussion mit zahlreichen Anregungen und Fragen, unter anderem von Nadine Schön MdB, Bettina Wiesmann MdB und Christine Berg (Vorstandsvorsitzende des HDF KINO e.V.)

# Ein Kraftpaket für Deutschland

## Videokonferenz mit Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU Deutschlands



© Diana Tuppäck

lung zu einem Ergebnis gekommen. Dieses zeigt deutlich: Wir packen an! Mit den beschlossenen Maßnahmen ziehen wir die richtigen Lehren aus der Krise und stärken Deutschland für die Zukunft mit

tiv sei vor allem die enge Abstimmung von CDU und CSU gewesen, sodass ein geschlossenes Auftreten während der Verhandlungen möglich war. Ziel des Konjunktur-Paketes ist es neben der Unterstützung von Unternehmen in der Pandemie Konjunktur-Anreize zu schaffen und Zukunftsinvestitionen zu geben. Bei der Umsetzung komme es jetzt vor allem auf die CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. Ebenso wichtig sei die Beteiligung der Länder. Die Mitglieder der Gruppe der Frauen begrüßen das beschlossene Konjunktur-Paket und sprachen Annegret Kramp-Karrenbauer ihren Dank für ihren persönlichen Einsatz und das gute Verhandlungsergebnis aus. Insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Kultur wurde viel erreicht.

Digitale GdF-Sitzung am 4. Juni 2020 |  
Gast: Annegret Kramp-Karrenbauer

Am 4. Juni 2020 konnten wir in unserer digitalen Sitzung der Gruppe der Frauen die Vorsitzende der CDU Deutschlands Annegret Kramp-Karrenbauer als Gast begrüßen.

Mit ihr sprachen wir über das Ergebnis des Koalitionsausschusses. Dieser war nach einer zwei-tägigen Verhand-

einem Konjunkturpaket von 130 Mrd. Euro. Als Verhandlungspartnerin berichtete Annegret Kramp-Karrenbauer über das Paket. Insgesamt seien die Verhandlungen schwierig gewesen. Die Tatsache, dass die Verhandlungen auf zwei Tage verteilt wurden und nicht an einem einzigen Tag stattfinden, habe sich positiv auf die Gespräche ausgewirkt. Aus ihrer Sicht sei das Verhandlungsergebnis sehr gut. Posi-

In der Videokonferenz wurde auch deutlich, dass der Kinderbonus, die Investitionen in den Kitausbau und die Stärkung der digitalen Bildung große Zustimmung unter den GdF-Mitgliedern findet.

## Blick in unsere Facebook-Redaktion >> [www.facebook.com/gdf.cducsu](http://www.facebook.com/gdf.cducsu)



### Bericht der AllBright-Stiftung: „Die deutschen Familienunternehmen: Traditionsreich und Frauenarm“

Laut der AllBright-Stiftung werden nur sieben Prozent der deutschen Familienunternehmen von Frauen geführt. Yvonne Magwas MdB erklärt dazu: „Das stimmt traurig und ist unverständlich. Denn gemischte Teams arbeiten effektiver und machen Unternehmen erfolgreicher. Effektive Verbesserungen erreichen wir durch ein Umdenken, das Aufbrechen von Normenvorstellungen und gesetzliche Sanktionen.“

### Stärker als Gewalt - Das Hilfetelefon

Aufgrund der Corona-Pandemie sind die Befürchtungen groß, dass die Gewalt in Familien zunimmt, da Kontakte zu anderen Menschen nur sehr gering ist. Die Poster-Aktion „Zuhause nicht sicher?“ des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend macht darauf aufmerksam und informiert zu Hilfeangeboten. Auf der Webseite <https://staerker-als-gewalt.de> sind viele Notrufnummern übersichtlich aufgelistet - so auch das „Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen“. Dieses ist täglich 24 Stunden erreichbar unter 08000 116 016 oder [www.hilfetelefon.de](http://www.hilfetelefon.de).

Nadine Schön MdB, stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betont: „Viele Taten ließen sich verhindern, wenn alle von Gewalt betroffenen Frauen den Mut hätten, sich zu öffnen und über ihr Leid zu sprechen. Und wenn Nachbarn und Bekannte den Mut fänden, helfend einzugreifen. Damit sie das tun können, ist es gut, dass der Bund seit März 2013 das deutschlandweite Hilfetelefon ‚Gewalt gegen Frauen‘ eingerichtet hat und finanziert. Es ist wichtig, dass alle die Nummer des Hilfetelefons kennen und handeln.“



Yvonne Magwas MdB und Ralph Brinkhaus MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

© CDU/CSU-Bundestagsfraktion

# Prostituiertenschutzgesetz - Stand der Umsetzung und die menschenrechtliche Perspektive

## Digitales Fachgespräch mit Expertinnen und Experten

Im Jahr 2017 ist das Prostituiertenschutzgesetz in Kraft getreten. Seitdem sind unwürdige Praktiken verboten, Prostituierte müssen sich anmelden und erhalten dabei eine Gesundheitsberatung sowie eine Beratung über ihre Rechte und Pflichten. Bordelle müssen Standards bei Sicherheit und Hygiene einhalten. Die körperliche und seelische Gesundheit, Selbstbestimmung und Menschenwürde der Prostituierten müssen an erster Stelle stehen.

Um Einblick in die Umsetzung der Regelungen in den Bundesländern und die Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Prostituierten zu gewinnen, fand auf Einladung der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 2. Juli 2020 ein internes Fachgespräch zum Thema „Prostituiertenschutzgesetz



© Gero Ufert

Sylvia Pantel MdB, Berichterstatterin für das Prostituiertenschutzgesetz in der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Stand der Umsetzung und die menschenrechtliche Perspektive“ statt.

Als für das Prostituiertenschutzgesetz zuständige Berichterstatterin moderierte Sylvia Pantel MdB den ersten Austausch mit Expertinnen und Experten. Darüber hinaus beteiligten sich viele weitere Mitglieder der Gruppe der Frauen an diesem Fachgespräch, unter anderem Yvonne Magwas MdB, Nadine Schön MdB, Annette Widmann-Mauz MdB, Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB und Dr. Katja Leikert MdB und viele mehr.

Im Mittelpunkt des Fachgesprächs standen die Fragen, wie sich die aktuelle Lage vor Ort und die Situation der oft jungen Frauen und Mädchen darstellt, und wie eine sinnvolle politische Strategie im Hinblick auf die Beseitigung möglicher Missstände aussehen kann.

Die Szene ist sehr unterschiedlich – von der selbstbestimmten Sexarbeiterin bis zur obdachlosen Beschaffungsprostituierten. Aus menschenrechtlicher Perspektive gilt dabei die besondere Aufmerksamkeit denjenigen Betroffenen, die Prostitution unter unfreiwilligen Bedingungen ausüben müssen.

Im Prostituiertenschutzgesetz ist nach fünf Jahren eine Evaluation des Gesetzes vorgesehen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beobachtet die Auswirkungen des Gesetzes und die Situation von Prostituierten schon jetzt sehr genau. Entscheidend ist, dass Menschenhandel, Unterdrückung und Ausbeutung bekämpft werden und den Betroffenen zu einem körperlich und seelisch gesunden Leben verholfen wird.

## Grundrente bewahrt viele Frauen vor Altersarmut

### Deutscher Bundestag beschließt Grundrente noch vor der Parlamentarischen Sommerpause

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag am 2. Juli 2020 die Grundrente beschlossen. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Yvonne Magwas MdB, Vorsitzende der Gruppe der Frauen, erklärt dazu:

„Mit der Verabschiedung des Grundrentengesetzes unterstützen wir alle, die ein ganzes Leben gearbeitet haben. Sie sollen im Alter nicht von Altersarmut bedroht sein. Mit der Grundrente erreichen wir genau das: Wer mindestens 33 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, steht ab dem 1. Januar 2021 durch die Grundrente besser da, als Menschen, die

dies nicht getan haben. Das ist christdemokratische Politik pur. Leistung muss sich lohnen.

Von der Grundrente werden insgesamt 1,3 Millionen Menschen profitieren. 70 Prozent der Anspruchsberechtigten werden Frauen sein, denn insbesondere in der Vergangenheit waren die durchschnittlichen Löhne von Frauen oft geringer als die von Männern. Außerdem tragen Frauen auch heute noch die Hauptlast bei Kindererziehung und Pflege. Deshalb ist es gut, dass ein Kompromiss gefunden wurde, der diese Frauen besserstellt und ihr Risiko von Altersarmut verringert. Ich bin dankbar, dass die Grundrente endlich kommt.“

## „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“

### Deutschland übernimmt am 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft

Deutschland hat am 1. Juli 2020 turnusgemäß für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB nutzte die Regierungsbefragung im Deutschen Bundestag am 1. Juli 2020, um sich zu der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu äußern. Sie sagte: „Heute übernimmt Deutschland in einer schwierigen Zeit sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Natürlich wird unsere Ratspräsidentschaft von der Coronavirus-Pandemie, den Bemühungen zu ihrer Eindämmung und der Bewältigung ihrer Folgen geprägt sein.“

An die Mitglieder des Deutschen Bundestages betonte die Bundeskanzlerin: „Ihre Erwartungen an die Ratspräsidentschaft sind hoch. Ich darf im Namen der gesamten Bundesregierung sagen, dass wir entschlossen sind, alles zu tun, dass wir als Europäerinnen und Europäer gemeinsam vorankommen. Lassen Sie uns das Motto der Ratspräsidentschaft mit Leben füllen: Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft war auch Thema unserer digitalen Sitzung der Gruppe der Frauen. Dr. Katja Leikert MdB ist als stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zuständig für die Themen Europapolitik, Europa-Koordination, Parlamentarische Zusammenarbeit in Europa, VB Brüssel, EVP-Fraktion und Menschenrechte. Sie hob positiv hervor, dass wir mit Dr. Ursula von der Leyen und Dr. Angela Merkel MdB nun zwei engagierte Frauen an der Spitze Europas haben. Außerdem sei es positiv, dass die Kommissionspräsidentin von der Leyen bereits eine Parität in der Europäischen Kommission erzielt hat und der Frauenanteil im Europäischen Parlament bei ca. 40 Prozent liegt. Sie bemerkte jedoch auch, dass im Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft



© Diana Tuppäck

Digitale Sitzung der Gruppe der Frauen am 3. Juli 2020. Zum Thema „Deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ referierte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Katja Leikert MdB.

das Thema „Frauen“ noch stärker hätte platziert werden können.

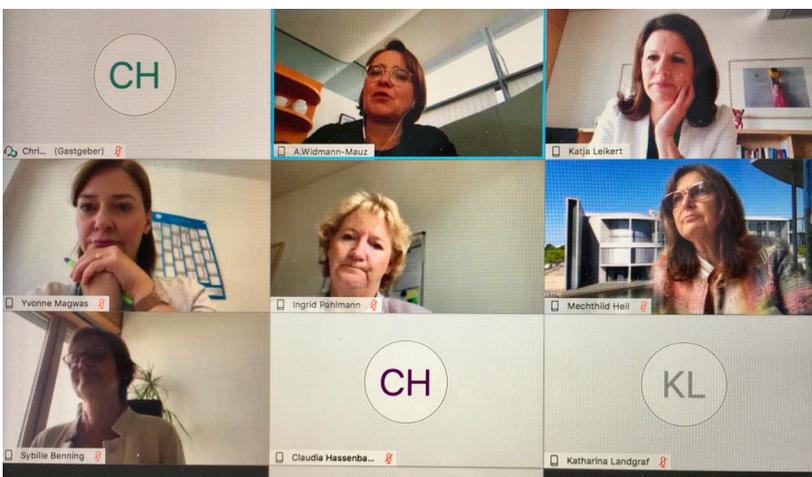
Dr. Katja Leikert MdB betonte weiterhin:

„Mit der Übernahme der Ratspräsidentschaft der Europäischen Union kann Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU die wirtschaftliche, nachhaltige und digitale Neuausrichtung Europas einleiten. Als Moderator zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Institutionen wird die Bundesregierung wichtige Impulse setzen.“

Der Leitgedanke der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist die Stärkung des Zusammenhalts in Europa. Deutschland wird ein engagierter Brückenbauer zwischen den verschiedenen Positionen sein, damit Europa gestärkt aus der Krise

herauskommt. Gleichzeitig müssen wir die kommenden sechs Monate nutzen, um mit voller Kraft die digitale und nachhaltige Transformation der Wirtschaft voranzubringen. Wir müssen Europa so ausrichten, dass es auch in zehn Jahren noch im globalen Wettbewerb bestehen kann. Die Welt wartet nicht darauf, dass wir aufwachen.“

Als Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen wir uns in der Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft noch stärker mit den deutschen Frauen im Europäischen Parlament vernetzen. Dabei soll es vor allem um das Thema „Gleichberechtigung“ auf europäischer und nationaler Ebene gehen



© Diana Tuppäck

Digitale Sitzung der Gruppe der Frauen am 3. Juli 2020.

# Wir waren in der Bewältigung der Coronakrise bisher sehr erfolgreich - richtig ist aber auch: Die Pandemie ist noch nicht vorbei

Gastbeitrag von Karin Maag MdB, Gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Corona-Pandemie hat uns vor bislang ungeahnte Herausforderungen gestellt. Wir sind dankbar, dass Deutschland bislang vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist. Dies ist vor allem den Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, die sich verantwortungsvoll an die notwendigen Kontaktbeschränkungen gehalten haben. Nur dank dieser gewaltigen Kraftanstrengung aller konnten wir die Verbreitung des SARS-CoV-2 so eindämmen, dass die Versorgung erkrankter Patienten zu keinem Zeitpunkt gefährdet war. Eine hervorragende Arbeit haben neben den niedergelassenen Ärzten, den Krankenhäusern und den Pflegeeinrichtungen vor allem auch unsere Gesundheitsämter vor Ort geleistet, die wir jetzt mit dem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst weiter stärken werden.

Die drastischen Einschränkungen, die wir verhängen mussten, haben erhebliche Opfer erfordert. Unternehmer wie freiberuflich Tätige oder Soloselbstständige haben schwere finanzielle Einbußen erfahren, deren Folgen wir mit kurzfristigen Sofortmaßnahmen

in einem umfangreichen Hilfsprogramm, das wir jetzt um die Maßnahmen aus dem Koalitionsausschuss vom 3. Juni erweitern, abmildern, soweit es irgend möglich ist. Schwer sind die Belastungen aber auch für Familien – oft besonders der Mütter – welche die Mehrfachbelastung von Kindern, Beruf und Pflege zu schultern hatten und haben. Es ist gut, dass wir hier über Entschädigungszahlungen nach dem Infektionsschutzgesetz, den Kinderbonus und die Erhöhung des steuerlichen Entlastungsbeitrags für Alleinerziehende wenigstens Erleichterungen schaffen können. Besonders schmerzhaft waren die Besuchseinschränkungen für kranke, ältere und pflegebedürftige Menschen. Deswegen ist es aus meiner Sicht entscheidend, dass wir bei den schrittweisen Lockerungen, die wir dank der niedrigen Infektionszahlen nun nach und nach vornehmen können, immer im Blick behalten, dass wir vor allem auch die Gesundheit der besonders gefährdeten und vulnerablen Gruppen weiter schützen und uns Gedanken machen, wie wir hier Schutz und Lebensfreude zusammen bringen können. Deswegen gilt es weiterhin, die Verhaltensregeln einzuhalten, die wir mit dem prägnanten Kürzel „AHA“ für Abstandhalten, Hygiene (Händewaschen und Nies- und Hustenetikette) und Alltagsmaske, nicht oft genug betonen können.

Wir müssen weiterhin besonnen und wachsam bleiben: Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Das beweisen nicht nur die Entwicklungen auf der südlichen Erdhalbkugel, sondern auch die regionalen Infektionsherde in den



Karin Maag MdB

© Karin Maag

Fleischfabriken, aber auch die Infektionen infolge von Familienfeiern, die wir an vereinzelt Orten bei uns sehen. Allerdings ist das Coronageschehen überschaubarer geworden, weil unsere Frühwarnsysteme funktionieren, weil wir Erkrankungsherde inzwischen sehr schnell identifizieren und in der Regel auch isolieren können. Bevor wir keine wirksamen Medikamente und Impfstoffe gegen COVID 19 haben, kann es kein Zurück zur Normalität geben. Es ist daher gut, dass die Bundesregierung auch auf dieser Ebene, so beispielsweise mit dem Sonderprogramm zur Impfstoffentwicklung, aber auch in der Allianz mit unseren europäischen Partnern investiert, damit unserer Bevölkerung ein Impfstoff zugänglich gemacht werden kann, wenn es einen solchen gibt. Es stimmt hoffnungsfroh, dass bereits über zehn Unternehmen weltweit mit klinischen Studien begonnen haben, aber die Entwicklung benötigt Zeit. Auch die Corona Warn-App, die letzte Woche an den Start gegangen ist, ist ein Baustein, um die Nachverfolgung der Infektionen zu verbessern und zu beschleunigen und damit der Verbreitung vorzubeugen – es ist daher wichtig, dass viele Bürgerinnen und Bürger von der freiwilligen Nutzung dieser App Gebrauch machen.

#### NEWSLETTER ABONNIEREN

Um sich für den Newsletter „Gruppe der Frauen kompakt“ der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an- oder abzumelden, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [gruppe\\_der\\_frauen@cducsu.de](mailto:gruppe_der_frauen@cducsu.de). Mit dieser E-Mail willigen Sie ein, dass Ihre angegebenen Daten elektronisch erhoben und gespeichert werden. Sie werden dabei streng zweckgebunden nur zur Bearbeitung Ihrer Anfrage genutzt. Wenn Sie zu einem späteren Zeitpunkt den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an die oben genannte E-Mail-Adresse. Ihre Daten werden dann umgehend gelöscht.

#### Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Yvonne Magwas MdB  
Redaktion: Yvonne Magwas MdB (verantw.)

T 030. 227-5 91 22  
F 030. 227-5 60 93  
[gruppe\\_der\\_frauen@cducsu.de](mailto:gruppe_der_frauen@cducsu.de)

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.